



Gemeinderat Graz: Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!

Gemeinderatssitzung 19. November 2015



GRAZ **KPÖ** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Holding GRAZ:

Fürstliche Gehälter

Im Juli 2014 hat die Holding Graz einen Personal-Aufnahmestopp beschlossen, um Kosten einzusparen. Die gleiche Arbeit muss jetzt mit weniger Personal bewältigt werden. Das gilt jedoch nicht für den Vorstand:

SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne halten an den fürstlichen Gehältern für die Vorstandsetage fest. Zum stattlichen Jahreshonorar für das dreiköpfige Vorstandsgremium von 185.722,94 Euro (Vorstandssprecher Wolfgang Malik bekommt sogar noch mehr) kommt noch eine saftige Prämie. Voraussetzung für die Auszahlung der Prämien ist lediglich,

dass die in den Dienstverträgen geforderten Aufgaben erfüllt werden.

„Für solche Privilegien ist die KPÖ nicht zu haben. Deshalb haben wir im Gemeinderat gegen die Holding-Dienstverträge gestimmt“, macht Stadträtin **Elke Kahr** deutlich.



228-Euro-Ticket ist Erfolg

Sie war eine der Bedingungen, an welche die KPÖ im Vorjahr ihre Zustimmung zum Budget geknüpft hat: Die verbilligte Jahreskarte Graz um 228 Euro. *„Jetzt beweisen konkrete Zahlen, dass wir mit unseren Prognosen Recht behalten haben“,* so KPÖ-Verkehrssprecher **Manfred Eber**.

Nicht nur die Einnahmen aus dem Jahresticketverkauf sind gestiegen, auch der Kartenver-

kauf insgesamt. Um 6,4 Prozent mehr Fahrgäste als im Vergleichszeitraum des Vorjahres haben die Öffis genutzt. Die Anzahl der verkauften Jahreskarten hat sich verdreifacht!



210 neue Gemeindewohnungen

Die Stadt hat ein Grundstück im Bereich Lend/Gösting im Ausmaß von 8.284 m² erworben. An der Adresse **Mühlriegel 11** sollen in den nächsten Jahren 210 Gemeindewohnungen entstehen.

„Damit sind wir unserem Ziel, in dieser Gemeinderatsperiode 500 bezahlbare Wohnungen zu schaffen, wieder ein Stück näher gekommen.“, freut sich Wohnungsstadträtin **Elke Kahr**.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (19.11.2015)

- ⇒ Einführung einer Bodenversiegelungsabgabe: Manfred Eber
- ⇒ Fußgängerübergang Mariatroster Straße/Dr.-Eckener-Straße sichern: Andreas Fabisch
- ⇒ Sitzflächen in Wartehäuschen verkleiden: Andreas Fabisch

Wohnbeihilfe: Wer Alimente zahlt, wird benachteiligt

Ohne die Wohnbeihilfe könnten sich viele Menschen mit geringem Einkommen ihre Wohnung nicht mehr leisten. *„Sie ist eine enorm wichtige Einrichtung“,* sagt KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**. *„Doch in der täglichen Praxis zeigen sich manchmal einige Schwachstellen.“*

Kürzlich wurde seine Monatsmiete auf 653 Euro erhöht. Nach Abzug der Wohnkosten und der Alimente bleiben ihm nur mehr rund 110 Euro zum Leben. Trotzdem hat er keinen Anspruch auf Wohnbeihilfe.

Die KPÖ forderte, den Missstand bei der Wohnbeihilfenberechnung zu beheben. ÖVP und SPÖ stimmten gegen diesen Antrag. *„Besonders enttäuscht bin ich von der ehemaligen Mieterpartei SPÖ“,* schüttelt Eber den Kopf.

Alimentationszahlungen für Kinder werden bei der Berechnung der Wohnbeihilfe nicht berücksichtigt. Welche Konsequenzen das haben kann, zeigt folgender Fall:

Herr S. hat vor rund einem Jahr eine kleine Wohnung bezogen, um sich nach der Scheidung und Überlassung der gemeinschaftlichen Eigentumswohnung an seine Frau und die Kinder an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Er verdient 1.451 Euro netto. Für seine drei Kinder (Mittelschule, Maturaklasse und Studium) zahlt er monatlich 688 Euro Alimente.

Mieternotruf
717108
www.kpoe-graz.at/mieternotruf

Auf keinen Menschen vergessen!
Elke Kahr. KPÖ

Schul-Turnsäle auch am Wochenende öffnen!

Viele Sporthallen in Graz sind durch die hohen Mieten für Hobbyvereine nicht leistbar, kommen daher für Training und Wettkampf nicht infrage. „Durch die Öffnung an Wochenenden hätten die Schulen ein Einkommen, Freizeitsportler wären für die zusätzlichen

Möglichkeiten dankbar. Zum Beispiel die Grazer Hobbyfußball-Liga, die mit fast 1000 Spielern dringend passende Räumlichkeiten sucht“, so KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**.



Donnerbahn

Immer noch sorgt die Variobahn für Unmut. Viele klagen über schlaflose Nächte und massive Schäden an den Häusern entlang der Strecke. Bereits im Dezember 2013 wurde ein Gutachten über die Gebäudeschwingungen durch den Betrieb der Variobahn in Auftrag gegeben. KPÖ-Klubobfrau **Ina**

Bergmann verlangte, die Ergebnisse der Untersuchungen dem Gemeinderat zugänglich zu machen. Es wurde zugesichert, die Studie im nächsten Verkehrsausschuss zu präsentieren.



Teure Maturabälle

Zu Jahresbeginn beschloss der Gemeinderat eine Verringerung der Saalmieten für Maturanten bei Sälen im Einflussbereich der Stadt zu prüfen. Bis heute gab es keine Antwort auf dieses Anliegen. Anlässlich des Beginns der Ballsaison hakte KPÖ-Bildungssprecher Gemeinderat **Andreas Fabisch** beim zuständigen

Stadtrat Rüsich nach. Ermäßigungen für Maturabälle zu gewähren, bezeichnete Rüsich als „widersinnig“. Nicht einmal die Möglichkeit für Jugendliche, ein eigenes Catering anzubieten, stellte er in Aussicht. „Hier ist nicht das letzte Wort gesprochen“, verspricht Fabisch. Die KPÖ wird in dieser Frage nicht lockerlassen!

Gratis-Eislaufen ermöglichen

Eislaufen am Karmeliterplatz – dieses von Stadt, Land und privaten Sponsoren getragene Sportangebot erfreut sich steigender Beliebtheit. „Von Stadt und Land fließt jährlich ein sechsstelliger Betrag an Subven-

tionen an den Betreiber. Deshalb sollte es möglich sein, der Jugend finanziell entgegenzukommen“, begründet KPÖ-Sportsprecher **Andreas Fabisch** seinen Antrag, Jugendlichen bis 19 Jahre freien Eintritt zu gewähren.

Unsichere Haltestelle „Odilieninstitut“

An der Haltestelle „Odilieninstitut“ der Linie 7 kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrer/innen und Wartenden. „Sehbehinderte oder Blindewarten hier auf



die Straßenbahn“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Sie fordert Maßnahmen – etwa zusätzliche Hinweisschilder, Bodenschwellen oder -markierungen usw. für Radfahrer/innen.

Kalksteinbruch als Staubschleuder



Mehrere Millimeter hoch ist die Staubschicht auf der Straße, dem Radweg und den Pflanzen im Umfeld des Kalksteinbruchs im Annagraben. Vom Verkehr aufgewirbelt, wird der Staub bis weit ins Grazer Stadtgebiet mitgezogen.

„Der Kalkstaub ist für die Lungen sehr gefährlich“, betont KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Er fordert, dass Bürgermeister Nagl Kontakt mit der Gemeinde Weintzen und dem Besitzer des Steinbruchs aufnimmt, um rasch Lösungen zu finden. „Schließlich dient der Annagraben als Frischluft-Schneise für die Stadt Graz“, erinnert Sikora.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

In Deutschland muss der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair, sondern bringt auch eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:
Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.
Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



KPÖ

Eine Initiative der KPÖ Graz - Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79
Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at